

## Österreich

PAUL LUIF

Österreich ist nun schon zweieinhalb Jahre Mitglied der Europäischen Union. In den Beziehungen zu Brüssel ist eine gewisse Routine eingekehrt. Mit der Wahl zum Europäischen Parlament sind jetzt alle Positionen auf EU-Ebene regulär besetzt. Damit kann man nicht mehr von einem „neuen“ Mitglied sprechen. Zum ersten Mal nahm Österreich auch an einer Regierungskonferenz teil und konnte damit die weitere Entwicklung der Union direkt beeinflussen.

### *Die Wahlen zum Europäischen Parlament*

Am 13. Oktober 1996 fanden in Österreich die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Österreich hatte sich (im Gegensatz zu Schweden, aber ähnlich wie Finnland) zu einem relativ späten Datum entschlossen; nach Artikel 31 der Beitrittsakte mußten die Wahlen spätestens im Dezember 1996 durchgeführt werden. Vorher wurden die Mandate nach der Stärke der Parteien bei den Nationalratswahlen vergeben (vgl. Tabelle).

Der Wahlkampf war im wesentlichen von Themen mit überwiegend nationaler Bedeutung geprägt. Gesamteuropäische Fragen wurden in der Regel im nationalen Kontext thematisiert bzw. vernachlässigt. Besonders deutlich wurde die Schwerpunktsetzung auf nationale beziehungsweise innenpolitische Belange am Beispiel der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Diese rief explizit zu einer Denkmittelwahl gegen die Bundesregierung auf, wobei sie ihren Slogan „Wahltag ist Zahltag“ sowohl im Wahlkampf für die Wahlen zum Europäischen Parlament als auch für die gleichzeitig angesetzten Gemeinderatswahlen in Wien verwendete. Ähnlich sprach auch das Liberale Forum (LIF) die Möglichkeit an, die Wahlen zu einer „gefahrlosen“ Stimmabgabe für eine Kleinpartei zu nutzen.<sup>1</sup>

Die Wahlergebnisse brachten einige Überraschungen (vgl. Tabelle). Zum einen erlitt die regierende Sozialdemokratische Partei (SPÖ) eine schwere Niederlage. Sie verlor zwei Mandate von den Mandaten, die vorher für das Europäische Parlament (EP) im Verhältnis zu den Nationalratswahlergebnissen vergeben wurden. Diese Verluste sind aber zu relativieren. So verlor die schwedische Sozialdemokratie bei den Wahlen zum Europäischen Parlament mit 17,2 Prozentpunkten sogar fast doppelt soviel wie die SPÖ. Außerdem hatte die SPÖ bei den Nationalratswahlen 1994 nur 34,9% erreicht.

Für diese Verluste scheint die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierungspolitik verantwortlich zu sein, wobei jedoch die Österreichische Volkspartei (ÖVP) als zweite Regierungspartei gegenüber den Nationalratswahlen 1995 leicht Stimmenanteile gewinnen konnte. Damit erreichte die ÖVP zum erstenmal seit

1966 wieder eine (relative) Mehrheit bei einer Parlamentswahl. Dieser Erfolg ist vor allem auf die Attraktivität der Spitzenkandidatin, der ehemaligen Fernsehjournalistin Ursula Stenzel, zurückzuführen.<sup>2</sup>

*Wahlen zum Europäischen Parlament im Vergleich zu den Nationalratswahlen*

	Nationalrat 17.12.1995 und 13.10.1996* Wahlbeteiligung: 86%			Europäisches Parlament 13.10.1996 Wahlbeteiligung: 67,7%	
	Stimmenanteil in %	Mandate	Mandate für EP	Stimmenanteil in %	Mandate
SPÖ	38,1	71	8	29,1	6
ÖVP	28,3	52	6	29,6	7
FPÖ	21,9	42	5	27,5	6
LIF	5,5	9	1	4,3	1
Grüne	4,8	9	1	6,8	1

\* Die Zahlen für die Nationalratswahlen enthalten auch die Ergebnisse der Nachwahlen vom 13.10.1996 in zwei Gemeinden, durch welche die ÖVP ein Mandat an die FPÖ verlor. Kurz vorher wechselte ein Abgeordneter des Liberalen Forums zur FPÖ über.

Quelle: Österreichisches Innenministerium.

Die größten Gewinne erzielte mit der FPÖ eine deklarierte Protestpartei, die am rechten Rand des politischen Spektrums anzusiedeln ist. Mit diesem Ergebnis hat sie prozentual auf die beiden Regierungsparteien aufgeschlossen. Die Kleinparteien konnten in Österreich kaum punkten, obwohl sich auch die Grünen als EU-kritische Opposition angeboten hätten. Die Wahlbeteiligung lag bei der EP-Wahl mit fast 68% niedriger als bei den Nationalratswahlen 1995, jedoch erheblich höher als bei Europawahlen in vielen anderen EU-Mitgliedstaaten. Die Mandatsträger der Parteien schlossen sich den jeweiligen europäischen Parteiverbänden an, mit Ausnahme der FPÖ-Abgeordneten, die von keiner Fraktion des Europaparlamentes akzeptiert wurden.

*Konflikte mit der Kommission*

Österreich kam schon bald nach Beginn seiner Mitgliedschaft mit der Europäischen Kommission als Hüterin der Verträge in Konflikt. Die lange Geschichte des „Rückzugsgefechtes“ betreffend die anonymen Sparbücher in Österreich begann im Februar 1996, als die Kommission in einem „Mahnbrief“, der wegen der Nationalratswahl im Dezember 1995 erst verspätet abgeschickt worden war, die Abschaffung der anonymen Sparbücher forderte. Argumentiert wurde mit der EU-Geldwäscherichtlinie, die auch von Österreich umzusetzen sei.<sup>3</sup> Im Antwortbrief behauptete die österreichische Bundesregierung, daß sich das anonyme Sparbuch nicht für Geldwäsche eigne. Außerdem sei die Anonymität ein „Teil der österreichischen

Sparkultur“. Aufgelistet wurden all jene Maßnahmen, die Österreich zur Bekämpfung der Geldwäsche bereits eingeleitet hatte. Im Februar 1997 traf dann die „begründete Stellungnahme“ als Antwort der Kommission, die schon im Juli 1996 angekündigt worden war, endlich in Wien ein. In der Zwischenzeit hatte Österreich an einer Nebenfront nachgegeben: Anfang August 1996 kam das Ende für anonyme Wertpapierdepots. Dabei entschied sich der Gesetzgeber für die sogenannte „Eisberglösung“, wonach Abhebungen von bereits bestehenden Depots weiterhin anonym erfolgen können. Nur bei Zukauf ist eine Legitimierung nötig.

In der begründeten Stellungnahme der Kommission wurde die Abschaffung der Sparbuch-Anonymität binnen zwei Monaten verlangt. Auch die Eisberglösung für Wertpapierkonten sollte fallen. Als Stichtag für die generelle Ausweisleistung von Sparern und Wertpapierbesitzern wurde von der EU rückwirkend der 1. Januar 1994 – als Österreich dem EWR beitrug – festgelegt.<sup>4</sup> Am 17. April 1997 sandte schließlich die österreichische Regierung eine negative Antwort an Kommissar Mario Monti. Nur in einer Detailfrage, bei der härteren Bestrafung von Geldwäschern, signalisierte die österreichische Regierung Entgegenkommen. Von der Kommission wurde daraufhin die Klageerhebung beim Europäischen Gerichtshof angekündigt.<sup>5</sup>

Schon im Frühjahr 1996 wurde im XXV. Bericht über die Wettbewerbspolitik der Kommission das österreichische Tabakmonopol als schlechtes Beispiel zitiert. Damals hieß es, daß Österreich keine ausreichenden Schritte unternommen habe, um die Einfuhr von Tabakwaren zu liberalisieren. Außerdem wurde das ausschließliche Vermarktungsrecht der Firma Austria Tabak auf Großhandelsebene kritisiert. Die österreichische Regierung setzte dann das notwendige Gesetz – wenn auch acht Monate später als geplant – in Kraft. Die Kommission fand die Situation jedoch weiterhin unbefriedigend und übermittelte am 23. Mai 1997 ihre begründete Stellungnahme. Die Lieferungsverpflichtung auf eigene Kosten, die dem Großhändler von den österreichischen Bestimmungen auferlegt werde, habe de facto den Markt für ausländische Interessenten nicht wirklich geöffnet. Österreich muß innerhalb von zwei Monaten seine Regelungen den Wünschen der Kommission anpassen, andernfalls droht auch hier ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof.<sup>6</sup>

Wegen der Vergabevorschriften bei der Errichtung von Verwaltungs- und Kulturgebäuden in der neuen niederösterreichischen Hauptstadt St. Pölten ist schon ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die Republik Österreich anhängig. Darüber hinaus hat die Kommission nun ein Verfahren gegen das öffentliche Beschaffungswesen insgesamt eingeleitet. Das entsprechende österreichische Bundesgesetz wurde zwar reformiert, müsse aber nach Meinung der Kommission erst genau geprüft werden. Daneben hätten bisher nur zwei von neun Bundesländern ihre entsprechenden Bestimmungen an die EU-Richtlinie angepaßt. Insbesondere die Ausschreibung öffentlicher Dienstleistungen sei meistens nicht oder unbefriedigend gelöst. Ferner gebe es intransparente Zuschlagskriterien sowie generell offene Punkte betreffend die Publizität der Verfahren.

Das Auftragswesen ist eines von insgesamt 129 Verfahren, denen Österreich aufgrund ungenügender Umsetzung von EU-Richtlinien im Juni 1997 durch die Kommission ausgesetzt war. Die meisten Verfahren waren dabei in der Generaldirektion VI (Landwirtschaft) anhängig. Dahinter sind die Generaldirektion XV (Binnenmarkt), die Generaldirektion XI (Umweltfragen) und die Generaldirektion V (Sozialfragen) am häufigsten mit österreichischen Fällen befaßt.<sup>7</sup>

#### *Der Europäische Rat von Amsterdam*

Die Vorschläge zur und die Diskussionen während der Regierungskonferenz zeigten Österreich als einen der integrationsfreundlichsten Staaten. Obwohl der Europäische Rat von Amsterdam keine weitgehende Vertiefung der Integration erreicht hat, war nach Bundeskanzler Viktor Klima (SPÖ) und Außenminister Wolfgang Schüssel (ÖVP) in Amsterdam eine „gute Arbeit für Europa“ geleistet worden.<sup>8</sup> Österreich habe seine wesentlichen Anliegen durchgebracht, meinte Klima. Schüssel hob hervor, daß der Euro gesichert sei und die Osterweiterung ernst genommen werde. Als besonderer Erfolg für Österreich wurde das Beschäftigungskapitel im neuen Vertrag angesehen, das von Österreich schon sehr früh gefordert worden war. Auch die Verbesserungen im Bereich der Umweltbestimmungen und des Verbraucherschutzes wurden von Regierungsseite hervorgehoben. Zudem habe Wien seinen Anspruch auf einen Kommissar gesichert und könne vorerst sein Stimmengewicht im EU-Ministerrat behalten. Als Erfolg wurde auch gewertet, daß bei der Wasserbewirtschaftung das Einstimmigkeitsprinzip bleibt. Schon vor dem EU-Beitritt hatten Beitrittsgegner davor gewarnt, gutes österreichisches Alpenwasser zwangsweise nach Spanien zu exportieren.

Von den Oppositionsparteien kamen weitgehend negative Einschätzungen. FPÖ-Obmann Jörg Haider sprach von einer „Provokation gegenüber den 18 Mio. Arbeitslosen in der EU“, es seien nur „Leerformeln“ beschlossen worden.<sup>9</sup> Der Grüne Europaabgeordnete Johannes Voggenhuber kritisierte, daß weder die Demokratiedefizite überwunden noch die politische Union geschaffen worden sei. Die EU werde weiter ein Projekt unter dem „Diktat der Finanzmärkte“ sein. Friedhelm Frischenschlager (LIF) warf der Regierung „Roßtäuscherei“ vor. In Wirklichkeit sei „keines der Ziele der Regierungskonferenz erreicht worden“.<sup>10</sup>

Die Kommentatoren der Medien waren mit den Ergebnissen von Amsterdam ebenfalls nicht zufrieden. So habe der Europäische Rat seine eigentliche Aufgabe, die EU-Reform, kaum erreicht; die Straffung der Institutionen wurde verschoben und die WEU wurde nicht mit der EU verschmolzen. Zur EU-Osterweiterung sei jedes positive Signal ausgeblieben.<sup>11</sup> Gleichzeitig sei mit der Verankerung von unzähligen Ausnahmebestimmungen, Zusatzprotokollen und Vetomöglichkeiten in den Bereichen der Außen- und Innenpolitik eine Unübersichtlichkeit von beängstigendem Ausmaß geschaffen worden.<sup>12</sup>

*Die Diskussion um den „Euro“ und um Österreichs Teilnahme an „Schengen“*

Die Bundesregierung hat die Teilnahme Österreichs an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion nie in Frage gestellt. Sie ist auch sicher, daß Österreich bei der ersten Gruppe der „Euro“-Staaten dabei sein wird. Finanzminister Rudolf Edlinger (SPÖ) erklärte, daß Österreich ein Budgetdefizit von 3% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für 1997 ohne ein neues Sparpaket erreichen werde. Dabei soll das Defizit des Bundeshaushaltes 2,7% nicht überschreiten, das der Länder und Kommunen insgesamt nur 0,3% des BIP betragen. Der Optimismus der Regierungsseite wurde jedoch von Fachleuten angezweifelt.<sup>13</sup>

Bei Meinungsumfragen halten sich Befürworter und Gegner des Euro etwa die Waage, wobei der Anteil der Befürworter eher zunimmt.<sup>14</sup> Eine Volksabstimmung zum Euro wird von der Bundesregierung abgelehnt.

Am 1. Juli 1997 übernimmt Österreich zum ersten Mal den Vorsitz in der Schengen-Staatengruppe. Das Schengener Durchführungsübereinkommen wird in Österreich jedoch nicht wie geplant im Oktober 1997 in Kraft gesetzt werden. So ergibt sich die paradoxe Situation, daß trotz des Vorsitzes an Österreichs Grenzen weiterhin Personenkontrollen zu den anderen Schengen-Staaten (Deutschland, Italien) bestehen werden.

Ein Grund für diese Verzögerung ist die durch den Regierungswechsel bedingte Verschiebung der Genehmigung in der Französischen Nationalversammlung auf Herbst 1997. Außerdem gibt es trotz eines positiven Prüfberichtes über die Kontrollen an Österreichs Außengrenzen Vorbehalte an deren Effizienz von seiten Deutschlands, insbesondere Bayerns. Als Reaktion auf diese Verzögerungen – man spricht jetzt von einem schrittweisen Abbau der deutschen Grenzkontrollen im Jahre 1998 – drohte Außenminister Schüssel mit einem Ultimatum. Er sah einen „untrennbaren Zusammenhang“ zwischen Schengen und dem Vertrag von Amsterdam. Österreich habe sich massiv für die Übernahme des Schengen-acquis in die erste Säule der EU eingesetzt. Er wolle dem Parlament daher eine Genehmigung des Amsterdamer Vertrages nur empfehlen, wenn die Grenzen gemäß Schengen geöffnet werden.<sup>15</sup>

Die österreichische Bevölkerung ist, verglichen mit anderen EU-Staaten, der Europäischen Union gegenüber wenig positiv eingestellt. So sahen im Oktober/November 1996 nur 31% der Bevölkerung die EU-Mitgliedschaft als eine „gute Sache“ an, 25% betrachteten sie als eine „schlechte Sache“, der Rest hatte keine Meinung.<sup>16</sup> Fragte man die Österreicher jedoch, ob sie Mitglied der EU bleiben oder wieder austreten wollen, sprachen sich im März/April 1997 66% für ein Verbleiben und nur 29% für einen Austritt aus. Diese Zahlen entsprechen ziemlich genau dem Ergebnis der Volksabstimmung vom Juni 1994.<sup>17</sup>

Österreich hat nun die Lehrjahre seiner EU-Mitgliedschaft zurückgelegt. Die Erweiterung der EU, bei der die Nachbarn Österreichs im Osten zu den ersten Anwärtern zählen, ist eine der neuen Herausforderungen. Sie ist auch im Zusammenhang mit der NATO-Osterweiterung zu sehen. Hier hat in Österreich eine intensive Diskussion über die Neutralität und einen möglichen Beitritt zur NATO einge-

setzt, wobei Differenzen zwischen der zögerlichen SPÖ und der in die NATO drängenden ÖVP deutlich zutage getreten sind. Eine weitere Herausforderung für Österreich wird die EU-Präsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 1998 sein, wofür die organisatorischen und inhaltlichen Vorbereitungen bereits angelaufen sind.

## Anmerkungen

- 1 Hickersberger, Michaela, Johannes Lutter: Die Europaparlamentswahlen 1996 in Österreich und die europäische Normalität, in: SWS-Rundschau 4 (1996), S. 380-402, hier S. 397.
- 2 Ebd., S. 398; den Aussagen liegt folgende Wahlanalyse zugrunde: Plasser, Fritz, Peter A. Ulram, Franz Sommer: Analyse der Europawahl 96, Muster und Motive, Wien 1996.
- 3 Domforth, Christine: Die Chronologie eines Rückzugsgefechtes, in: Die Presse v. 7.5.1997, S. 18.
- 4 Ebd.
- 5 „EU bleibt bei Anonymität hart. Auch Klage wegen Auftragsvergabe“, in: Die Presse v. 13.6.1997, S. 17.
- 6 Dazu Kraus, Doris: EU bei AT-Monopol hart, in: Die Presse v. 22.5.1997, S. 15, und Kraus, Doris: Tabakmonopol: EU gibt Wien zwei Monate Zeit, in: Die Presse v. 27.5.1997, S. 13.
- 7 Diese Angaben stammen von Heinz Zourek, einem Österreicher, stellvertretender Generaldirektor in der Generaldirektion XV; vgl. den Artikel „EU bleibt bei Anonymität hart. Auch Klage wegen Auftragsvergabe“, in: Die Presse v. 13.6.1997, S. 17.
- 8 Dazu „Das war gute Arbeit für Europa“, Klima und Schüssel sprechen nach dem Gipfel von einem Erfolg, die Opposition nicht, in: Der Standard v. 19.6.1997, S. 5, und „Mäßig bis außerordentlich zufrieden“, in: Die Presse v. 19.6.1997, S. 4.
- 9 „Zweifel an ernsthafter Kurskorrektur“, in: Die Presse v. 18.6.1997, S. 4.
- 10 Zitiert nach „Das war gute Arbeit für Europa“, Anmerkung 9.
- 11 So Schwarz, Andreas: Aufgabe nicht erfüllt, in: Die Presse v. 19.6.1997, S. 2.
- 12 Mayer, Thomas: Prinzip Hoffnung in Amsterdam. Die Reform der EU ist vorerst an den zahllosen Sonderwünschen gescheitert, in: Der Standard v. 19.6.1997, S. 34.
- 13 Vgl. etwa „Streit um das Milliarden-Loch. Experten sehen enorme Fehlbeträge bei den Staatsfinanzen“, in: Der Standard v. 19.3.1997, S. 19.
- 14 Nach einer repräsentativen Meinungsumfrage der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (N=1275) sprachen sich zwischen 28.3. und 15.4.1997 42% der Österreicher für die Einführung und 44% gegen die Einführung des Euro aus.
- 15 Kraus, Doris: Österreich stellt der EU ein Ultimatum. Schüssel: Ohne Schengen keine EU-Reform, in: Die Presse v. 27.6.1997, S. 1/4.
- 16 Damit hatte Österreich den geringsten Übergang an positiven Meinungen. Nur in Schweden überwogen die negativen Meinungen. Die Daten stammen aus Eurobarometer 46, Brüssel, Mai 1997.
- 17 Daten aus der in Anmerkung 14 angegebenen Umfrage.

## Weiterführende Literatur

- Breuss, Fritz: Österreich in der EU: Bereits eingetretene und noch zu erwartende Integrationseffekte, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1995, S. 361-381.
- Brunmayr, Hans: Die Rolle Österreichs in der EU, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1995, S. 407-420.
- Hummer, Waldemar, Walter Obwexer: Österreich in der Europäischen Union, Bd. III: Die Schengener Übereinkommen und die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres, Wien 1996.
- Streitenberger, Wolfgang (Hrsg.): Österreichs Zukunft ist Europa, Wien 1997.
- Tálos, Emmerich, Gerda Falkner (Hrsg.): EU-Mitglied Österreich. Gegenwart und Perspektiven: Eine Zwischenbilanz, Wien 1996.